

Teufel geht auf Distanz zu Kanzler Kohl

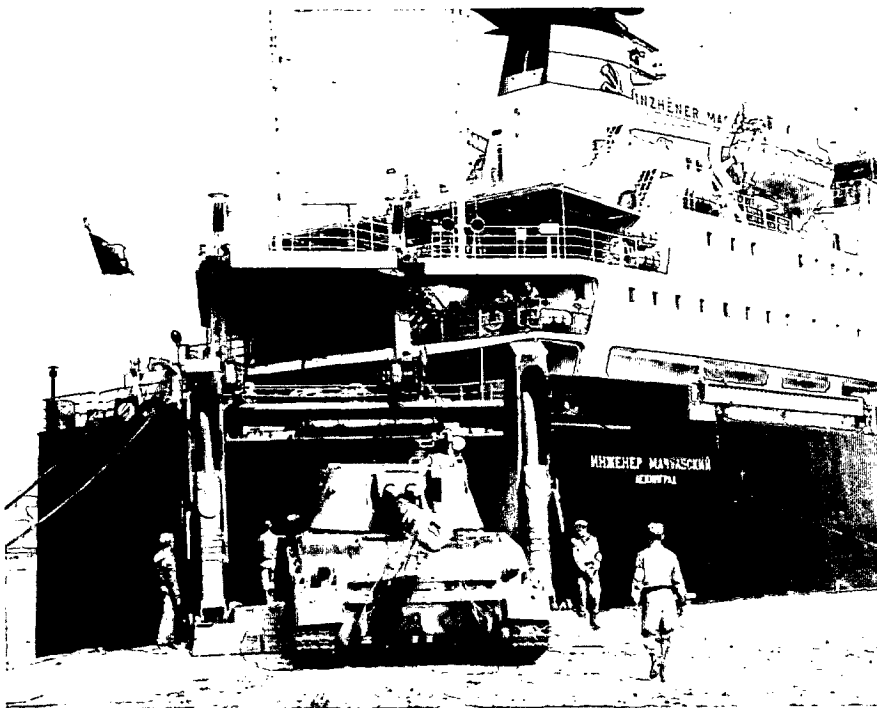
Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel besinnt sich auf die Taktik seines Vorgängers Lothar Späth: Auch er will seinen Landtagswahlkampf 1992 gegen Bonn führen. Der „letzte CDU-Ministerpräsident in den alten Bundesländern“ (Teufel) geht damit demonstrativ auf Distanz zu Helmut Kohl.

Mit seinen engsten Beratern hat Teufel in der vorigen Woche Thesen erarbeitet, die er demnächst im eigenen Land, aber auch aktuell im niedersächsischen Kommunalwahlkampf vertreten will. Tenor: Das Heil der CDU kommt nicht aus Bonn.

Die Erneuerung der Partei müsse „aus den Kommunen und aus den Bundesländern“ vorangebracht werden. Diese müßten auch „die Bundespartei wieder in Form bringen“. Das vom Kanzler nach der verlorenen Landtagswahl in Rheinland-Pfalz benutzte Wort „Durststrecke“ könne „er nicht mehr hören“, schreibt Teufel. „Weder leben wir in der Wüste, noch ist die CDU eine Karawane – und die Oasen, die besseren Zeiten kommen auch nicht von selbst.“ Teufel widerspricht Kohls Behauptung, wichtig sei allein die Bundestagswahl 1994: „Wir können nicht nur auf die nächste

Bundestagswahl setzen und Wahlniederlagen in den Ländern hinnehmen.“ Teufel beklagt die „Erosion der Mitgliederbasis“ und bekräftigt den – von Kohl gerügten – Befund des CDU-Generalsekretärs Volker Rühe, der Zustand der Partei sei „katastrophal“. Es sei bekannt, daß die CDU insbesondere von Jugendlichen und Frauen nur noch wenig geschätzt werde.

Nachdrücklich verlangt Teufel von der Bundesregierung mehr „Wahrheit“ – eine Lehre aus der Steuerdebatte im Bundestagswahlkampf 1990. Die Deutschen hätten damals durchaus „die Wahrheit verkraftet“ und darauf gewartet, „daß Regierung und CDU sie auf ihre Solidaritätsbereitschaft ansprechen“. Der „Mißtrauensvorschuß“ sei nur zu überwinden, wenn „wir den Bürgern mit einem Vorschuß an Vertrauen“ begegnen. Teufel: „Wir, die CDU in den Kommunen und in den Ländern, erwarten von der Bundesregierung eine klare und verbindliche Aussage, was an zusätzlichen Belastungen auf die Bürger bis 1994 zukommt.“ Teufel vermißt „Prinzipientreue“, „Visionen“ und verlangt „mehr als nur die Umsetzung von Meinungsumfragen“.



Abtransport sowjetischer Panzer (in Rostock)

Schneller Rückzug

Der Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus der ehemaligen DDR geht schneller voran als geplant. Bereits Ende Juni hatten die Sowjets 1224 Kampfpanzer heimgeschafft – mehr als bis Ende des Jahres vorgesehen. Auch das für 1991 vereinbarte Kontingent an Flugzeugen – 130 Jäger und Bomber – ist schon zurückgefliegen. Von den 150 000 Sowjets, die in diesem Jahr Ostdeutschland verlassen sollen, waren Ende Juli schon mehr als zwei Drittel daheim. Ange-

sichts der überraschenden Geschwindigkeit, mit der die Sowjetarmee ihren Rückzug durchführt, rechnet das Bonner Verteidigungsministerium damit, daß die letzten Soldaten 1993 – ein Jahr früher als vereinbart – Deutschland verlassen werden. Der Hintergrund: Polen verlangt den Abmarsch der Sowjetarmee bis zum Jahresende 1993. Moskau hat die Regierung in Bonn inoffiziell wissen lassen, deshalb würden Gerät und Soldaten so schnell wie möglich auch aus der ehemaligen DDR abgezogen.

Blockade aus Bayern

Die bayerische CSU blockiert noch immer die Einigung über den Nachbarschaftsvertrag mit der Tschechoslowakei. Ein vertrauliches Gespräch der Koalitionsspitzen bei Bundeskanzler Helmut Kohl blieb am Mittwoch voriger Woche ergebnislos, weil die CSU – unter dem Druck sudetendeutscher Vertriebenenfunktionäre – daran festhielt, Entschädigungsforderungen in Millionenhöhe an die ČSFR in den Vertrag aufzunehmen. Die Regierung in Prag lehnt dieses Ansinnen strikt ab. Experten des Bonner Auswärtigen Amtes hatten bereits beim deutsch-polnischen Vertrag vor einer entsprechenden Regelung gewarnt: Vermögensrechtliche Ansprüche sollten stets außerhalb von staatlichen Verträgen geregelt werden. Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der im Oktober in Prag erwartet wird, ist über das Koalitionsgerangel verärgert. Er befürchtet, daß seine Visite von den Vertragsquerelen belastet wird – „kein günstiges Omen für die künftigen Beziehungen“, heißt es im Präsidialamt. Wegen des internen Bonner Streits gibt es noch keinen Termin für die Fortsetzung der Verhandlungen mit Prag.

Opfer im Funkhaus

Dem Intendanten des Deutschlandfunks, Edmund Gruber, steht die Kündigung bevor – eine Folge der deutschen Vereinigung. Sein Kollege vom Rias in Berlin, Helmut Drück, ist bereits – Termin: Ende dieses Jahres – abberufen worden. Beide Radiostationen wurden